



Zug, 30. Oktober 2010

## **Bericht aus der Kantonsratssitzung**

### **Wahl einer Ombudsfrau**

Der Kantonsrat hat im Rahmen der letzten Kantonsratssitzung die erste Zuger Ombudsfrau gewählt. Katharina Landolf konnte bereits im ersten Wahlgang das absolute Mehr erreichen. Die SP freut sich über diese Wahl und gratuliert Frau Landolf herzlich.

### **Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann**

Die Kommission für Chancengleichheit wurde mit einem knappen Zufallsentscheid (36:37 Stimmen) abgeschafft. Damit steht der Kanton Zug ab 2011 ohne Gleichstellungsinstitution da und es stellt sich die Frage, inwiefern der Verfassungsauftrag betreffend Förderung der Chancengleichheit von Frau und Mann künftig umgesetzt werden kann. Die SP-Fraktion setzt sich derzeit aktiv dafür ein, dass in den kommenden Tagen eine Motion eingereicht wird, die sicherstellt, dass unsere Verfassung keine leere Worthülse bleibt.

### **Gebührengesetz**

Seit 1974 bildet der so genannte Verwaltungsgebührentarif die Grundlage für die Erhebung von Gebühren durch kantonale und kommunale Behörden. Eine umfassende Revision wurde bisher nie vorgenommen, weshalb die Regierung dem Parlament nun die Schaffung eines neuen kantonalen Gebührengesetzes beantragte, welches diesen Verwaltungsgebührentarif ablösen soll. Das neue Gebührengesetz basiert auf dem Kostendeckungs- sowie auf dem Äquivalenzprinzip, d.h. der Gesamtertrag der Gebühren darf die Kosten des betreffenden Verwaltungszweiges nicht übersteigen und die Höhe der Gebühr muss jeweils in einem vernünftigen Verhältnis zum Wert der dafür erbrachten Leistung stehen. Dieses neue Gesetz wurde in erster Lesung durchberaten.

### **Änderung EG Berufsbildung – Schaffung einer HF Landwirtschaft**

Völlig unbestritten war die Einrichtung einer Höheren Fachschule Landwirtschaft (Bereich Agrotechnik) im Kanton Zug. Es macht Sinn, dass wir auch im landwirtschaftlichen Bereich attraktive Bildungsangebote schaffen.

Die SP-Fraktion sprach der Schulleitung der LBBZ Schluoch ein Kompliment für die gute Arbeit aus.

### **KRB betreffend Übernahme des Bundesanteils am Werkhof Hinterberg**



Unbestritten war die Übernahme des Bundesanteils am Werkhof Hinterberg durch den Kanton.

### **KRB betr. Objektkredit für die Liegenschaft ehemaliges Personalhaus des Zuger Kantonsspitals für den Schulpsychologischen Dienst**

Die Vorlage war grundsätzlich nicht bestritten. Von Seiten der SP-Fraktion wies Kantonsrat Markus Jans jedoch darauf hin, dass im ehemaligen Personalhaus Mieterinnen und Mieter untergebracht wurden, welche durch den Bau des Hotels City Gardens ihre Wohnungen verloren haben. Diesen Mieterinnen und Mietern wurden nun erneut gekündigt, weshalb sich Markus Jans danach erkundigte, was mit diesen Menschen nun geschieht. RR Heinz Tännler kündigte an, dass er dem nachgehen werde.

### **KRB betreffend Beteiligung des Kantons und der Gemeinden an der Erhöhung des Aktienkapitals und KRB betr. Erwerb von Aktien der ZVB**

Es war unbestritten, dass der Kanton die Aktien des Bundes übernehmen und damit zum Mehrheitsaktionär der ZVB werden soll. Ebenso stimmte der Rat der Neuorganisation der Beteiligungsverhältnisse zu, die mit sich bringt, dass die Gemeinden dem Kanton ein Vorkaufsrecht auf ihre Aktien einräumen.

### **KRB betr. Beiträge an die Schifffahrt**

Die SP-Fraktion teilte die Meinung der Stawikomehrheit, dass es sich bei der Schifffahrt – insbesondere auf dem Ägerisee – primär um ein touristisches Angebot handelt, weshalb die Finanzierung ausschliesslich durch den Kanton erfolgen solle. Die Mehrheit des Kantonsparlamentes teilte diese Ansicht jedoch nicht und setzte sich dafür ein, dass – wie durch die Regierung vorgeschlagen – sowohl Kanton als auch Gemeinden Beiträge an die Schifffahrt auf den Zuger Seen leisten.